

V-7 Gegen das globale Patriarchat - Für eine queerfeministische Außenpolitik

Antragsteller*in: Paula Moser, Jonas Borgmeier, Claire Carlson, Lena Cornelissen, Charlotte Steinmetz, Florian Lenner
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Unsere junggrüne Friedens- und Außenpolitik richtet sich an diejenigen, die von
2 ihr betroffen sind und ist sensibel gegenüber Machtverhältnissen, die diese
3 Betroffenheit verstärken. Wir befürworten den Paradigmenwechsel, Sicherheit
4 nicht mehr im Sinne von Staaten, sondern im Sinne von Menschen zu denken.
5 Menschliche Sicherheit denkt Bedrohungen durch Hunger, Krankheit, Kriminalität
6 und Repression und physischer, mentaler und sexualisierter Gewalt mit und
7 entwirft Lösungskonzepte, bei der das Individuum und seine Bedürfnisse im
8 Vordergrund stehen. Um menschliche Sicherheit zu verwirklichen, müssen wir
9 Kritik an aktuellen Machtstrukturen ausüben. Denn wir wollen strukturelle
10 Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Art durchbrechen. Gewaltspiralen,
11 Aufrüstung und bewaffnete Konflikte basieren viel zu oft auf toxischen und
12 aggressiven Dynamiken von patriarchalen Strukturen. Wir als Grüne Jugend wollen
13 Machthierarchien durchbrechen und das Thema Frieden und Sicherheit
14 geschlechtersensibel betrachten.

Feministische Außenpolitik denkt intersektional

16 Unser Anspruch ist Außenpolitik queerfeministisch und intersektional zu
17 gestalten. Manche Menschen gehören mehreren marginalisierten Gruppen an.
18 Intersektionalität bedeutet dabei, die besonderen Diskriminierungsformen, denen
19 diese Menschen ausgesetzt sind, zu bedenken. FIT*-Personen, die zusätzlich unter
20 Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, Klassismus, Ageismus oder weiterer
21 Diskriminierung leiden, sind besonders stark marginalisiert. Wir fordern
22 deshalb, auf die Bedürfnisse mehrfach diskriminierter Personen in Situationen
23 des bewaffneten Konflikts und außenpolitischen Lösungsansätzen einzugehen.
24 Intersektionale Ansätze müssen in allen Bereichen der deutschen Außenpolitik
25 gemainstreamed werden.

Feministische Außenpolitik setzt die Rechte von FIT*-Personen konsequent um

27 Wir wollen, dass FIT*-Personen ihre universellen Menschenrechte wie Schutz vor
28 Gewalt und Diskriminierung uneingeschränkt wahrnehmen können. Ob aufgrund von
29 materiellen Abhängigkeiten, fehlenden Mobilitätsmöglichkeiten, mangelndem Schutz
30 vor geschlechtsbasierter Gewalt oder weiteren Faktoren - FIT*-Personen sind oft
31 überproportional stark von bewaffneten Konflikten betroffen. Die Situation von
32 Trans*-, Inter*-, Non-binary*- & Agender*-Personen verdient dabei besondere
33 Aufmerksamkeit, weil sie meist ebenso unter cis-männlicher Dominanz leiden, aber
34 zusätzlich durch binäre Geschlechtersysteme unsichtbar gemacht werden. So stehen
35 ihnen keine Schutzräume zur Verfügung, was sich in bewaffneten Konflikten
36 besonders stark auswirkt. Feministische Außenpolitik geht jedoch darüber hinaus,
37 FIT*-Personen nur als primäre Adressat*innen von Nothilfe zu sehen. Denn FIT*-
38 Personen sind Akteur*innen und Rechtsträger*innen und müssen als solche
39 anerkannt werden. Daher müssen die Rechte von FIT*-Personen in allem
40 außenpolitischem Handeln berücksichtigt und gestärkt werden.

41 **Feministische Außenpolitik kämpft für gerechte Ressourcenverteilung**

42 Patriarchale Strukturen führen in Deutschland und weltweit dazu, dass die
43 Teilhabe von FIT*-Personen an sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen
44 begrenzt bleibt. Das ist inakzeptabel, denn für uns ist klar: FIT*-Personen
45 haben das Recht an mindestens 50 Prozent der Teilhabe in allen Bereichen des
46 gesellschaftlichen Lebens.

47 Dazu muss die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich gegen
48 bestehende Machtstrukturen und für mehr Teilhabe von FIT*-Personen und
49 marginalisierten Gruppen einsetzen, eine zentrale Rolle einnehmen. Wir wollen,
50 dass in allen Bereichen Budgets und Fördermittel explizit zur Gleichstellung von
51 FIT*-Personen bereitgestellt werden. Diese müssen partizipativ gestaltet werden,
52 damit sie die Lebensrealitäten von FIT*-Personen vor Ort berücksichtigen.

53 **Feministische Außenpolitik bringt FIT*-Personen an die Verhandlungstische**

54 Die aktive Teilnahme von FIT*-Personen an Verhandlungen sichert langfristig
55 Frieden. Die aktive Teilnahme von FIT*-Personen an Friedensverträgen steigert
56 die Wahrscheinlichkeit, dass ein Vertrag mehr als 15 Jahre hält, um 35 Prozent.
57 Die Teilhabe von FIT*-Personen führt dazu, dass geschlechtersensible
58 Problematiken in die Ergebnisse solcher Verhandlungen mit einfließen.

59 FIT*-Personen müssen als Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen der
60 Sicherheits- und Friedenspolitik einbezogen werden. Geschlechterhierarchien
61 dürfen in keinem auswärtigen Engagement, sei Entwicklungszusammenarbeit, zivile
62 Krisenprävention oder Mediation von Friedensverhandlungen gestärkt, sondern
63 müssen aufgebrochen werden. In Friedensprozessen müssen FIT*-Personen und andere
64 marginalisierte Gruppen anerkannt werden und aktiv an Waffenstillstands- und
65 Friedensverhandlungen teilnehmen. FIT*-Personen müssen zudem nachhaltig auf

66 allen Ebenen der Friedensarbeit aber vor allem in kommunalen Gemeinschaften
67 durch finanzielle und technische Unterstützung gestärkt werden. Dazu gehören die
68 Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema FIT*-Personen, Frieden und Sicherheit,
69 Mediations- und Verhandlungstrainings sowie die Vernetzung von FIT*-Gruppen in
70 verschiedenen Konfliktkontexten. Auch bei Verhandlungen, welche im Rahmen der EU
71 oder Vereinten Nationen geleitet werden, muss sich die Bundesregierung für eine
72 stärkere FIT*-Beteiligung einsetzen.

73 Auch in der deutschen Außenpolitik sind FIT*-Personen und andere marginalisierte
74 Gruppen noch chronisch unterrepräsentiert. Dies betrifft sowohl die politische
75 als auch die beamtische Ebene. Die Bundesrepublik hatte noch nie eine
76 Außenministerin. 2018 waren nur 16 Prozent der Leitungspositionen in deutschen
77 Auslandvertretungen von Frauen* besetzt. Wir fordern deswegen, eine FIT*-Quote
78 von 50 Prozent für die Führungspositionen im Auswärtigen Amt.

79 Hinzu kommt, dass Initiativen für mehr Diversität im Auswärtigen Amt wie die
80 "Diplomats of Color" ehrenamtliche und damit unbezahlte Arbeit einzelner
81 Diplomaten*innen sind, wird dem Reformbedarf der Institution nicht gerecht. Daher
82 fordern wir die finanzielle Ausstattung von derartigen Netzwerken.

83 **Feministische Außenpolitik denkt Abrüstung mit**

84 Eine feministische Außenpolitik, die Frieden und Sicherheit für FIT*-Personen
85 garantiert, kann langfristig nur durch Abrüstung erreicht werden. Wir fordern
86 die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland und den
87 Einsatz für die völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen. Die
88 langfristige Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen muss das Ziel einer
89 feministischen, auf menschliche Sicherheit zentrierten Außenpolitik sein. Dabei
90 muss Deutschland selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

91 **Feministische Außenpolitik arbeitet an der Überwindung globaler Machthierarchien**

92 Mit feministischen Ansätzen der Außenpolitik arbeiten wir als Grüne Jugend
93 daran, globale Machthierarchien aktiv zu überwinden. Als politischer
94 Jugendverband in einem der reichsten Länder der Welt haben wir die Pflicht, den
95 Herausforderungen der Weltgesellschaft durch Klimakrise, Kriege, Flucht und
96 Vertreibung mit globaler Solidarität und progressiven Lösungsansätzen zu
97 begegnen. Die entworfenen Lösungsansätze sollen in einer gleichberechtigten,
98 globale Debatte, die Frieden, die Überwindung globaler Machtstrukturen und den
99 Erhalt unserer Lebensgrundlagen zum Ziel hat, weiterentwickelt werden.

Begründung

Als Grüne Jugend sind wir ein feministischer und machtkritischer Verband. Wir sind der Meinung, dass sich

das auch in unserem Verständnis von Außenpolitik widerspiegeln sollte.

Feministische Außenpolitik wird dabei schon länger sowohl in der GJ als bei Bündnis 90 / Die Grünen diskutiert. Auch in die Beschlusslage hat das Konzept teilweise schon Einzug gefunden - beispielsweise bei der GJ Hessen. Doch uns fehlt noch eine Beschlusslage auf Bundesebene und wir sind überzeugt, dass wir diese für das kommende Wahljahr brauchen.

Wir wollen in der Partei Bündnis 90/Die Grünen und im gesellschaftlichen Diskurs das Thema der feministischen Außenpolitik als wichtigen Impuls setzen.

Und unserer Blick muss darüber hinaus gehen: in einer Welt, die von wachsendem Autoritarismus und anti-emanzipatorischen Kräften bedroht ist, müssen wir für progressive Lösungsansätze und den gleichberechtigten Dialog über diese Lösungsansätze kämpfen.